

## Reform der städtischen Selbstverwaltung in Israel

# In Jerusalem gehts um mehr Bürgernähe

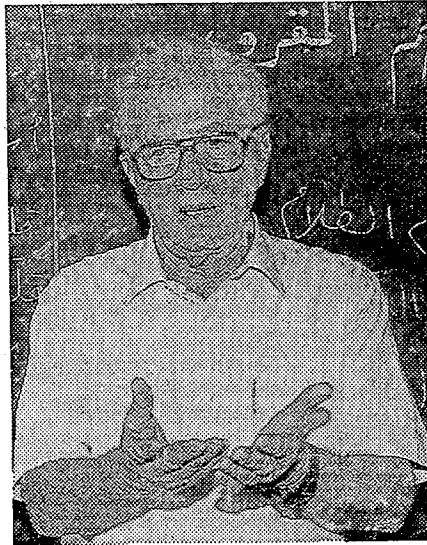
**T**rotz der augenblicklichen Gaza- und Jericho-zuerst-Euphorie muß Jerusalem, die „Stadt des Friedens“, sowohl die Hauptstadt Israels als auch die eines unabhängigen Palästinenserstaates sein, so die langjährige stellvertretende Bürgermeisterin von Jerusalem, Dr. Lotte Salzberger. Die Krux mit Jerusalem sei, daß jeder Anspruch auf sie erhebe. Das Image der Stadt ist „irrational“; sie ist die „explosivste Stadt der Welt“.

Nachdem Lotte Salzberger nicht mehr formal die Stadt repräsentiert, klingen moderate Töne der Kritik aus ihren Worten, wenn sie über den legendären Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollect, spricht; dieser „moderne Herodes“ habe zwar sehr viel für die physische Umwandlung Jerusalems getan, was er aber versäumt habe, sei die soziale Komponente gewesen; dies habe zur Abwanderung einer großen Zahl Jugendlicher geführt, denen „die Heilige“, wie Muslime ehrfurchtsvoll Jerusalem nennen, zu langweilig sei.

Die „Meretz-Liberale“ hat sich aber nicht aufs Altenteil zurückgezogen, sondern versucht ein Come back als Kandidatin ihrer Partei, des Meretz-Blocks, zur Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Ihr liegt Jerusalem und ihr Land am Herzen. Politisch engagiert, bekleidet sie den Vorsitz von „HaMoked: Center for the Defense of the Individual“, einer israelischen Menschenrechtsorganisation, die sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Darüber hinaus ist sie die Vorsitzende der „Jerusalemmer Vereinigung für Nachbarschaftselbstverwaltung“, einer Organisation, die Bürgermeister Teddy Kollect 1980 ins Leben gerufen hat.

„Die heutige Repräsentation Jerusalems entspricht nicht mehr den politischen Anforderungen einer modernen Großstadt“, so Frau Salzberger. Die Stadtverordneten seien aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit und nicht nach den Bedürfnissen des jeweiligen Bezirkes gewählt worden. Jerusalem, als eine schnellwachsende Stadt, muß aber stärker auf die individuellen Belange seiner Bürger reagieren. Dies könne nur durch eine größere Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie erreicht werden. Solche Mitbestimmungsrechte in die Hände der Bürger zu legen, gilt Lotte Salzbergers ganzes Engagement. Ihr geht es dabei auch um die Überwindung der Entfremdung zwischen Bürger und Stadtverwaltung, einem Phänomen, mit dem alle demokratischen Staaten inzwischen zu kämpfen haben.

Nach Meinung der Politikerin umfaßt das Konzept der Nachbarschaftselbstverwaltung folgende Eckpunkte: Bürgerpartizipation, Demokratisierung, Dezentralisierung der städtischen Dienstleistungen, die Mobilisierung und die optimale Ausnutzung kommunaler Angebote und Dienste durch die Koordination zwi-



Der israelische Ministerpräsident Izhack Rabin besucht eine palästinensische Schule in Ost-Jerusalem. Foto: dpa

schenden den verschiedenen Bezirken sowie einen Rat zur Konfliktregelung. Besonders wichtig erscheint Lotte Salzberger der Demokratieaspekt und die Vermittlung demokratischer Werte. Von ihnen verspricht sich die Politikerin eine größere Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt. Deshalb soll der jeweilige Bezirk ihre eigenen parteilosen Vertreter in eigens dafür zu gründenden Räten wählen, die dann die Geschicke ihres Bezirkes eigenständig regeln sollen. Eine solche bürgernahe Verwaltung könne auch besser die auftretenden Konflikte innerhalb und zwischen den einzelnen Nachbarschaften und Bezirken lösen.

Das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der Bürger soll durch diesen basisdemokratischen Ansatz geweckt werden, ohne den eine moderne Großstadt langfristig nicht auskommt, so Frau Salzberger. Durch das Engagement Freiwilliger auf lokaler Ebene ließen sich Probleme wie die Betreuung kleiner Kinder und älterer Menschen, Drogenmißbrauch, Jugendkriminalität und deren Prävention sowie die Einrichtung öffentlicher Parks, Spielplätze und Naherho-

lungsgebiete effektiver und kostengünstiger verwalten.

Auf die Frage, ob dies nicht alles etwas blauäugig und idealistisch sei, kommt ein entschiedenes Nein. Die Stadt habe nur die Wahl zwischen Überbürokratisierung und damit weiterer Entfremdung zwischen Verwaltung und Bürger oder Demokratisierung. Konkret heißt dies: Abgabe von Kompetenzen in die Hände des Souveräns, und zwar des Bürgers. Lotte Salzberger ist von „ihrem Konzept überzeugt, sieht aber auch, daß es noch mit einigen Unzulänglichkeiten behaftet ist, wie z. B. der Tatsache, daß das Etat von 1,4 Mio. US-Dollar von der Jerusalem Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werde. Der enge finanzielle Rahmen lasse wenig Spielraum für die Gründung neuer lokaler Nachbarschaftsvertretungen. Deshalb bemüht man sich, neue Geldquellen zu erschließen, um unabhängiger und handlungsfähiger zu werden.

Das bisher Erreichte kann sich durchaus sehen lassen. So leben rund die Hälfte der Jerusalemer Bevölkerung in 13 Bezirken, in denen das Konzept der Bürger selbstverwaltung in der einen oder anderen Form eingeführt worden ist. Die erstmalig 1986 gewählten lokalen Verwaltungen werden von der zentralen Stadtverwaltung als legitime Bürgervertretungen anerkannt. Über 1 000 Personen sind in diesen Vertretungen aktiv. Ein gewählter „Rat der Vorsitzenden“ der lokalen Verwaltungen spielt eine bedeutende Rolle in den Entscheidungsstrukturen der Stadt; insbesondere bei der Integration neuer Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion hat sich das basisdemokratische Modell bewährt. Das Jerusalemer Modell hat auch schon Nachahmer gefunden. So gibt es z. B. in Tel Aviv, Lod, Ashkelon und Beer Sheba ähnliche Modelle oder sie sind gerade im Aufbau begriffen.

Trotz politischer Rückschläge strahlt Frau Salzberger Optimismus, besser optimistischen Realismus aus, was die Zukunft ihrer Pläne und die Entwicklung Jerusalems betrifft. Diese kann sie sich nur als Einheit vorstellen. Deshalb müsse mehr Nachdruck auf die Schaffung gemischter „politischer Nachbarschaften“ und weniger auf die Schaffung „jüdischer“ gelegt werden, da man dadurch die Vorurteile nicht überwinden könne. Nur in einem Klima der Toleranz und der Respektierung der Andersartigkeit des anderen liege die Zukunft der „Stadt des Friedens“. Um dieser Vision näherzukommen, bedarf es einen langen Atems.

Ludwig Watzal